

## Grünwald zu UG-Reform: Mehr Rechte für Uni-Angehörige

Utl.: Zugangsbeschränkungen sind für Österreichs Zukunft fatal =

Wien (OTS) - "Da UniversitätsassistentInnen und DozentInnen durch das Universitätsgesetz völlig entrechtet wurden, ist es unerlässlich, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Uni-Angehörigen bei der anstehenden Novelle des Universitätsgesetzes auszubauen", fordert Kurt Grünwald, Wissenschaftssprecher der Grünen. Der Senat, wo alle universitären Gruppierungen vertreten sind, müsse daher gestärkt, die Universitätsräte dagegen auf beratende und kontrollierende Funktionen beschränkt werden. Für die Rektorswahl fordern die Grünen die Wiedereinführung der Universitätsversammlung, die sich aus allen Universitätsangehörigen zusammensetzt. "Seit dem 14. Jahrhundert wählen die Universitäten ihre Rektoren selbst. Dieses Recht darf keinesfalls beschränkt werden", so Grünwald.

Um Studierenden und dem Mittelbau wieder mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu gewähren, müsse die Zusammensetzung des Senats geändert werden. Derzeit sind die ProfessorInnen dort gesetzlich mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet, die StudentInnen stellen ein Viertel der Mitglieder, Mittelbau und allgemeines Personal den Rest. "Die ProfessorInnen müssen im Moment nicht das beste Argument haben, sondern sich nur einig sein", so Grünwald. Die Grünen verlangen folglich die Abschaffung dieses 'Kastensystems' mit ProfessorInnen und Mittelbau und die Einführung einer gemeinsamen Kurie aller HochschullehrerInnen ab dem Doktorat. Dieser sollten 65 Prozent der Sitze zukommen, den StudentInnen wie bisher 25 Prozent und dem allgemeinen Personal zehn Prozent. Keinesfalls dürfe der Senat von strategischen Entscheidungen ferngehalten werden.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Universitäten ist die massive Aufstockung ihrer Budgets. "Wir brauchen dringend eine weitere Erhöhung der Hochschul- und Universitätsbudgets, um den Studierenden eine hochwertige Ausbildung zu gewähren, den Lehrbetrieb aufrecht erhalten zu können und unsere Forschungsleistungen jenen von Vorbildnationen anzunähern. Österreich darf sich hier nicht mit dem EU- oder OECD-Schnitt vergleichen, sondern mit Spitzennationen", so Grünwald. Die Grünen fordern eine jährliche Anhebung des Uni-Budgets um zehn Prozent, um im Jahr 2010 rund drei Mrd. Euro und damit ca.

1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erreichen. Mittelfristig sollten es dann 2 Prozent werden. Ein entsprechender Entschließungsantrag der Regierungsparteien gehe von einer geplanten Steigerung von 1,5 Mrd. Euro aus und verfehle unter Berücksichtigung der Inflation dieses Ziel klar.

Kritisch und maximal als vorübergehende Notlösung beurteilt Grünewald Eingangstests und Zugangsbeschränkungen. "Angesichts der im internationalen Vergleich niedrigen AkademikerInnenzahl und Übertrittsquote ist es kurzsichtig und fatal, die Zahl der Studierenden aufgrund der derzeit knappen Ressourcen an den Universitäten zu reduzieren", so Grünewald. Stattdessen sollen zwei- oder mehrsemestrige Studieneingangsphasen mit Studieninhalten verwandter Fächer angeboten werden, an deren Ende sich die StudentInnen anhand ihrer Leistungen und Interessen für ein Fach entscheiden. Wie von der OECD eingemahnt wollen die Grünen durch Aufstockung der Ressourcen die Zahl der Studierenden erhöhen und Maßnahmen setzen, um auch Kindern aus bildungsfernen und einkommensschwachen Hausaushalten eine höhere Ausbildung zu ermöglichen.

Rückfragehinweis:

Die Grünen, Tel.: +43-1 40110-6697, presse@gruene.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0169 2008-04-10/12:04

101204 Apr 08

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20080410\\_OTS0169](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080410_OTS0169)